

Den Aufenthalt Wohnungsloser im öffentlichen Raum gestalten

- Das langjährige Problem
- Die vorhandenen und gewachsenen Ressourcen
- Die Zuspitzung des Problems
- Die Entspannung

Ambulante Hilfe Goslar
Mauerstr. 34

38640 Goslar

Fon:05321/40476

Fax 05321/46888

Mail: e.beutnagel@diakonie-stiftung.de

Ein Artikel „Vom Reden über Problemgruppen zum Miteinander als Modell“ als Darstellung der Entwicklung ist bereits in der **Wohnungslos 01/06 erschienen**

Eine Dokumentation der Ereignisse ist unter der email-Adresse kpr.goslar@online.de des Kommunalen Präventionsrates Goslar abrufbar.

Ich werde positive Aspekte der dargestellten Entwicklung und einige Schlüsselereignisse aufzeigen, die zum Gelingen der Entwicklung beigetragen haben.

Der Ursprung in den 70er Jahren:

Jugendliche aus der Stadt Goslar sitzen an der Gammelmauer und am Hufeisen nahe Jacobikirche im Zentrum der Stadt in der Fußgängerzone zum Zwecke der Freizeitgestaltung

Das langjährige Problem:

Seit Anfang der 90er Jahre hielten sich überwiegend Goslarer Armutsbevölkerung und vereinzelt ortsfremde Wohnungslose am Hufeisen auf.

Lautstarke Auseinandersetzungen, illegaler Drogenkonsum und Pöbeleien untereinander und mit Passanten waren an der Tagesordnung.

Touristen und angrenzende Geschäftsinhaber in dieser „1-A- Lage“ nahmen die Vorkommnisse negativ zur Kenntnis, es gab Polizeieinsätze und kritische Äußerungen in der Öffentlichkeit.

Das Problem ist den hier Anwesenden sicher aus Ihren Dienst- oder Wohnorten bekannt.

Die vorhandenen und gewachsenen Ressourcen

Seit über 25 Jahren wurde in Goslar ein gutes Netzwerk mit verschiedenartigsten Kooperationen entwickelt.

Diese historische Entwicklung ist in der **Wohnungslos 2/06** in dem Aufsatz „Entwicklung eines Kooperationskonzeptes in der Stadt Goslar“ durch Alfred Loschen, dem ehemaligen Leiter der ZBS Braunschweig dargestellt worden:

1990 wurde der Arbeitskreis „Wohnungsnot“ gegründet. (Wohlfahrtsverbände, Stiftung Wohnen und Beraten, sowie weitere Beratungsstellen und Initiativen, z.B. Bewährungshilfe, Frauenzentrum, Kinderschutzbund).

Schlüsselereignis:

Die Betreiber des Arbeitskreises „Wohnungsnot“ gründeten 1995 aus diesem die AG (damals noch) gem. § 95 BSHG.

Die AG wurde um Mitglieder der Stadt Goslar (Ordnungsamt), des Landkreises Goslar (Sozialamt) und den Ratsfraktionen der Stadt erweitert.

Dadurch wurde eine Zusammenarbeit in dem Gremium hergestellt, die sich für das Problem Hufeisen im Nachhinein als sehr positiv darstellt.

Stadt Goslar und Landkreis Goslar haben 1998, auf Empfehlung der AG gem. § 95 BSHG, bei der Gesellschaft für „Organisation und Entscheidung“ in Bielefeld (GOE) eine Untersuchung zur Frage „Wohnungslose im Stadtbild von Goslar“ in Auftrag gegeben.

Andreas Kemper (GOE) hat am 25.01.99 die Ergebnisse einem breiten Publikum aus Politik und Verwaltung, sowie fachlich interessierter Öffentlichkeit dargestellt.

Kurzgefasst beinhalten die Ergebnisse dieser Erhebung:

- Verbesserung der Angebote des Tagestreffs „Zille“ der Stiftung „Wohnen und Beraten“
- Die Einrichtung einer Projektgruppe „Hilfeverbund“

Bisheriges Resümee:

Der eben dargestellte historische Abriss zeigt:

- Dass das angesprochene Problem am Hufeisen in Goslar nicht neu war,
- Dass das Problem das Gemeinwesen Goslar schon viele Jahre beschäftigt,
- Dass in der Stadt Netzwerke und Kooperationen vorhanden sind, die eine Antwort auf das Problem ermöglichen können.

Die Zuspitzung des Problems

Ende 2004 wurde per Verwaltungsbeschluss entschieden, dass das Hufeisen einem Weihnachtsbaumverkäufer zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Klientel musste fünf Wochen auf den Treffpunkt verzichten und wick auf ein abseits stehendes Buswartehäuschen aus.

Anfang 2005 lud der erste Stadtrat zu einem Gespräch mit dem Ziel der Verschärfung der Stadtschutzsatzung ein.

Die Bedenken des „Zille“-Streetworkers gegen eine Verschärfung fanden kein Gehör.

Im Juni 2005 wurde eine überarbeitete Fassung der Stadtschutzsatzung vom Rat der Stadt verabschiedet.

Der städtische Außendienst(uniformierte Beamte des Ordnungsamtes) wurde aufgestockt.

Im Frühsommer 2005 gab es nach längerer Erörterung einen Ratsentscheid, in dem Maßnahmen zur Lösung des Kirchhofproblems (Hufeisen) gefordert wurden. Die neue Stadtschutzsatzung sollte konsequent angewendet werden und der Kriminalpräventionsrat sollte sich des Themas annehmen.

Mitte des Jahres 2005 nahm die Brisanz des Themas zu:

Es bestand zu befürchten, dass die Szene am Hufeisen vertrieben oder sogar zerschlagen wird.

Die Entspannung

Schlüsselergebnis:

Im Juli 2005 kam es zu einer ersten Begegnung eines leitenden Beamten des Ordnungsamtes der Stadt, dem Leiter des kommunalen Präventionsrates und der Szene am Hufeisen.

Der Streetworker der „Zille“ stellte den Kontakt her, die Goslarsche Zeitung war mit einem Redakteur vor Ort.

Verpflichtung zum akzeptierenden Gespräch sowie der Erfolg (im Sinne einer anderen Vorgehensweise als dem Zerschlagen oder Vertreiben der Gruppe) war der Leitgedanke bei diesen Verhandlungen.

Eine weitere Zusammenkunft kam einige Tage später in der Katholischen Jacobikirche zustande.

Die Unterredung führte in seiner spontanen Konsequenz zu einer Ortsverlagerung des Szenetreffpunktes. Dieser war abseits der Fußgängerzone im zurückliegenden Vorplatz im Eingangsbereich der Kirche.

Die Verlagerung wurde später von der Goslarer Öffentlichkeit als überwiegend positiver und gelungener Lösungsbeitrag für das Problem bewertet.

Der begonnene Kommunikationsprozess wurde bis heute fortgesetzt. Dessen besondere Bedeutung liegt in der, der Szene entgegengebrachten Wertschätzung und Betonung der Wichtigkeit der Angelegenheit.

Auch wurden kurzfristig kleine bauliche Veränderungen durch die Stadtverwaltung gemäß den Wünschen der Betroffenen realisiert.

Es wurde eine Szenesprecherin gewählt, die Klientel wird bis heute durch Streetwork begleitet, die Beamten der städtischen Ordnungsbehörde begleiten, ebenso wie die Polizeibeamten den Prozess eng, aber mit der nötigen Autorität.

Für die Wintermonate 2006/07 stellte ein Bad Harzburger Bauunternehmer einen Baucontainer zur Verfügung.

Dieser Container diente als Wärmestube. Begleitung und Aufsicht wurde durch Personal der Drobs realisiert, finanziert wurde dieses Personal u.a. aus Geldmitteln des Kommunalen Präventionsrates.

Kleinere Konflikte wurden in Frühstücksgesprächen in der Sakristei der Kirche bearbeitet, der Streetworker der Drobs nahm vereinzelt Kontakt für Gespräche zu sich zeitweise beschwerenden Anwohnern auf.

Insgesamt hat sich die Situation im Bereich der Jacobikirche durch den gegangenen Weg wesentlich entspannt und stellt sich sehr viel moderater dar.

Bereits im Herbst 2006 entwickelten sich Gedanken, wie ein Witterungsschutz für die Betroffenen realisiert werden könnte. Es entsteht die Idee einer künstlerischen Skulptur, die gleichzeitig die Funktion eines Schutzes darstellen sollte.

Der in der Region wohnende Künstler Prof. Dr. Winner entwarf eine Glas- Aluminium-Konstruktion mit integrierten Sitzbänken, die sich gesamtgestalterisch in das Ensemble von Bäumen und bereits vorhandenem Kunstwerk am neuen Szenetreffpunkt einfügen sollte.

Die Realisierung diese Projektes wurde mit mindestens 80 T € veranschlagt.

Soweit der Stand im Sommer 2007!

Der Winter 2007/08 wird wieder mit dem Provisorium „Bauwagen“ gestaltet werden.

Die Finanzierung des Projektes „künstlerische Skulptur“ ist bis heute nicht realisierbar, da angefragte Kulturstiftungen im Braunschweiger Land in ihren Fördermöglichkeiten sehr eingeschränkt sind.

Einige Verantwortliche sind vor der Realisierung zurückgeschreckt:

Ein Projekt dieser Größenordnung für Goslarer Armutsbevölkerung, die die Situation manifestieren würde, ist der Goslarer Öffentlichkeit nicht zu vermitteln.

Ab 01.11.07 ist wieder der Bauwagencontainer aufgestellt worden.

Dieses Provisorium wird jetzt im zweiten Jahr realisiert.

Resümee:

Wenn man die Entwicklung der zurückliegenden Jahre betrachtet, kann man die Vorgehensweise von Stadtverwaltung, kirchlichen Gruppen und sozialen Institutionen nur würdigen als den Willen zu akzeptierender und lösungenorientierter, dabei maßvoller Umgehensweise mit einem Problem, dass die Stadt Goslar schon seit langem beschäftigt.

Die Verantwortlichen in Goslar gehen davon aus, dass auch die Anwesenden am Jacobikirchhof Bürger der Stadt sind, die ein Recht auf Anwesenheit haben.

Es wird deshalb möglichst auf restriktive und staatliche Gewalt verzichtet, ohne dass jedoch ein rechtsfreier Raum entsteht.

Die Polizei ist nur präsent für den Erhalt oder die zeitweise Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung.

Sie ist nicht exekutive Gewalt mit dem Ziel der Zerschlagung der Szene.

Verwaltung, soziale Institutionen und Kirche haben, begleitet durch sachliche Berichterstattung der Zeitungen, positive Veränderungen bewirkt, die einen Weg abseits sonst oft üblicher Verfahren darstellen.

Dies war der Anlass, heute in diesem Workshop über die Entwicklungen zu berichten.

Vielen Dank !!

